

# Deutsche Führung?

## Europäische Verantwortung und internationale Herausforderungen

*Thomas Silberhorn*

*Dass Deutschland führen müsse, ist ein immer häufiger formuliertes Verlangen europäischer und transatlantischer Partner, das allerdings nicht selten auf die Durchsetzung des jeweils eigenen Standpunkts gerichtet ist. Im Folgenden soll deshalb untersucht werden, welche Beiträge Deutschland aus eigener Perspektive in Wahrnehmung seiner europäischen und internationalen Verantwortung leistet und leisten sollte.*

Die deutsche Frage wird neu gestellt. Nach Jahrzehnten, in denen politische Zurückhaltung der Deutschen ebenso willkommen war wie ihre ökonomische Stärke, wachsen die Erwartungen an Deutschland, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen.<sup>1</sup> Historische Vergangenheit und europäischer Integrationsalltag erklären, weshalb die Deutschen eine Vorstellung von leadership, die Alleingänge in Kauf nimmt, nicht teilen. Dennoch wird es in mancherlei Hinsicht auf Deutschland ankommen.

### **1. Zur Rolle Deutschlands**

Forderungen, Deutschland müsse seiner internationalen Verantwortung stärker nachkommen, bezogen sich zunächst auf höhere Verteidigungsausgaben und die Beteiligung an internationaler Konfliktbeilegung. Diese Debatte über die Rolle Deutschlands hatte sich nach Beendigung der Ost-West-Bipolarität aufgedrängt. Zuvor war es im sicherheitspolitischen Kokon des Kalten Krieges gelungen, Deutschland in die internationale Gemeinschaft zu reintegrieren, wobei europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft zugleich dazu beitrugen, deutsche Dominanz zu vermeiden. Europa konnte die Balance auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs halten, obwohl in seiner geographischen Mitte das vereinte Deutschland größer und stärker geworden war. Diesem Zweck diene insbesondere die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungs-

---

<sup>1</sup> Boston, William: Obama to Merkel: Europe Needs a Leader – and You're It, in: Time Magazine, 10.6.2011, [www.time.com/time/world/article/0,8599,2076805,00.html](http://www.time.com/time/world/article/0,8599,2076805,00.html), Stand: 10.6.2012.

union. Durch sie sollte der Weg zur Politischen Union beschritten<sup>2</sup> und die europäische Einigung unumkehrbar werden.

Unterdessen stand Deutschland vor gewaltigen Anstrengungen beim Zusammenwachsen von östlichen und westlichen Landesteilen.<sup>3</sup> Hinzu kam die Notwendigkeit – verschärft durch den in der Wirtschafts- und Währungsunion einsetzenden Kapitalexport aus Deutschland<sup>4</sup> – zu strukturellen Reformen namentlich in der Arbeitsmarktpolitik und in den sozialen Sicherungssystemen.<sup>5</sup> Die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit zeigte sich dann in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09, aus der Deutschland besser als andere Industriestaaten hervorging.<sup>6</sup> Das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft fand erneut breite internationale Aufmerksamkeit. Auf den Finanzmärkten wurden derweil die gewachsenen Divergenzen wahrgenommen und die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten der Eurozone differenziert betrachtet. Mittlerweile drohen die Auswirkungen der Verschuldung und Leistungsbilanzdefizite einzelner Euro-Mitgliedstaaten die Stabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes zu gefährden.

Wenn in der gegenwärtigen Krise in der Eurozone deutsche Führung angemahnt wird, so erfordern zwei Faktoren besondere Beachtung: Die Stabilisierung des Euros wird zum Einen objektiv nicht ohne Deutschland zu bewerkstelligen sein.<sup>7</sup> Zum Anderen kann letztlich die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands selbst in Frage stehen. Damit scheidet eine Strategie politischer Zurückhaltung, die bisweilen als Gegenpol zur ökonomischen Stärke gepflegt wurde, aus. Vielmehr muss die Balance zwischen Wirtschaftskraft und Gestaltungsmacht der Deutschen neu austariert werden. Wohin also steuert Deutschland?

<sup>2</sup> Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union stellte seinem Art. 1 Abs. 2 zufolge „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ dar.

<sup>3</sup> Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Ostdeutschland ist von ursprünglich 43 auf 73 % des westdeutschen Niveaus gestiegen; vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011, BT-Drs. 17/7711, S. 5, 14.

<sup>4</sup> Sinn, Hans-Werner: Deutschlands Kapitalexporte unter dem Euro, in: Akademie Aktuell 3/2011, S. 12 ff., [www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/me/me-docs/IFOSTIMMENIN\\_DER\\_PRESSE/IFOSTIMMENINDER\\_PRESSE2011/AA\\_0311\\_05\\_Sinn\\_V06%20\(2\).pdf](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/me/me-docs/IFOSTIMMENIN_DER_PRESSE/IFOSTIMMENINDER_PRESSE2011/AA_0311_05_Sinn_V06%20(2).pdf), Stand: 10.6.2012.

<sup>5</sup> Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards fiel Deutschland unter den EU-Mitgliedstaaten von Platz 4 in 1995 auf Platz 11 in 2002 zurück; vgl. Eurostat, BIP pro Kopf in KKS, Tabelle tec00114, [epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&tableSelection=1&labelin\\_g=labels&footnotes=yes&language=de&pcode=tec00114&plugin=1](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&tableSelection=1&labelin_g=labels&footnotes=yes&language=de&pcode=tec00114&plugin=1), Stand: 10.6.2012.

<sup>6</sup> Bertelsmann Stiftung: Die Krise bewältigen. Eine vergleichende Analyse politischen Managements in 14 Ländern, [www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4C80BA1F-369E3971/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_31217\\_31249\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4C80BA1F-369E3971/bst/xcms_bst_dms_31217_31249_2.pdf), Stand: 10.6.2012.

<sup>7</sup> Der polnische Außenminister bezeichnete Deutschland insoweit als „Europas unverzichtbare Nation“; vgl. Sikorski, Radoslaw: Deutschland muss stärker führen, Rede am 28.11.2011 in Berlin, auszugsweise abgedruckt in: Die Welt, 30.11.2011, S. 2.

## 2. Europäische Verantwortung

### 2.1 „Zahlmeister“ oder „Zuchtmeister“?

Hinter manchem Ruf nach Führung durch Deutschland steckt die mehr oder weniger offene Aufforderung, die Haftung für Staatsschulden und Schulden von Banken zu vergemeinschaften. So geht es bei der Diskussion über Eurobonds nicht etwa darum, dass Mitglieder der Eurozone gemeinschaftlich in Euro denominierte Schuldscheine begeben, was der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität bereits ermöglicht wurde.<sup>8</sup> Vielmehr steht die Einführung einer gesamtschuldnerischen Haftung in Rede, wonach zuletzt einer für alle geradezustehen hätte.<sup>9</sup> In ähnlicher Weise verfolgt der Vorschlag einer „Bankenunion“<sup>10</sup> das Ziel, die Haftung für Verbindlichkeiten überschuldeter Finanzinstitute allen Eurostaaten und damit den Steuerzahlern zu überantworten.

Im Ergebnis handelt es sich hier um das Konzept einer Haftungsunion, die in diametralem Gegensatz zur bislang vereinbarten Strategie befristeter Liquiditätshilfen im Notfall und unter strikten Konditionen steht. Es liegt auf der Hand, dass die Ursachen der Staatsschuldenkrise damit nicht beseitigt werden könnten. Stattdessen wäre zu besorgen, dass die Bonität von Geberländern und Rettungsschirmen selbst beeinträchtigt würde. Es wäre eine Frage der Zeit, wann die Grenzen der Wirksamkeit von Finanzhilfen und die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Geberländer einschließlich Deutschlands erreicht wären.

Um die Kreditwürdigkeit überschuldeter Staaten wiederzugewinnen, führt daher an einer Konsolidierung der nationalen Haushalte kein Weg vorbei. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Europa ist die Rückkehr zu solider Fiskalpolitik eine Herausforderung für alle Mitgliedstaaten der EU. Hier liegt es an Deutschland, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Vorgaben der nationalen wie der europäischen Schuldenbremse einzuhalten, was noch spürbare eigene Sparanstrengungen erfordern wird. Ebenso sind strukturelle Reformen in Wirtschaft und Verwaltung unabdingbar, um die Wettbewerbsfähigkeit hoch verschuldeter Staaten zu steigern und nachhaltiges Wachstum zu generieren. Ob deutsche Führung allerdings noch willkommen ist, wenn sie in Richtung

<sup>8</sup> EFSF Rahmenvertrag in der ab dem Wirksamwerden der Änderungen gültigen Fassung, inoffizielle Arbeitsübersetzung, Art. 5 Abs. 3 Satz 2: „... Emission durch die EFSF von nachrangigen Schuldscheinen ...“, [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Europa/Einleitungstext\\_Anlage\\_EFSF\\_Rahmenvertrag.pdf?\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Europa/Einleitungstext_Anlage_EFSF_Rahmenvertrag.pdf?_blob=publicationFile&v=4).

<sup>9</sup> Europäische Kommission, Grünbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen, 23.11.2011, KOM(2011) 818 endgültig, S. 14 ff.

<sup>10</sup> Europäische Kommission, Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Europäische Investitionsbank und den Ausschuss der Regionen, Maßnahmen für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung, 30.5.2012, COM(2012) 299 final provisoire, S. 5; Europäische Kommission, Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, 30.5.2012, COM(2012) 301 final provisoire, Ziffer 5.

Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen geht, erscheint fraglich.<sup>11</sup>

Werden einem Euro-Mitgliedstaat Finanzhilfen gewährt, so sind als Gegenleistung eigene Anstrengungen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit unerlässlich. Doch Spar- und Reformauflagen führen unweigerlich zu einem weit reichenden Verlust an Handlungsfreiheit und stoßen damit an Grenzen politischer Akzeptanz in den Empfängerländern. Ist ein solcher Staat nicht länger bereit oder in der Lage, die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen, werden die Finanzhilfen eingestellt und ein Verfahren kontrollierter Sanierung eröffnet werden müssen, das bis zum Ausscheiden aus der Eurozone führen kann.<sup>12</sup> Würden stattdessen gleichwohl weitere Finanzhilfen unter Aufhebung von Bedingungen und Befristungen ausgereicht, so würde wiederum ein Anreiz zur Vergemeinschaftung von Schulden geschaffen. Dadurch würden auch die Durchsetzbarkeit von Einsparungen und Strukturreformen in anderen Empfängerländern und schließlich die Wirksamkeit der Finanzhilfen selbst in Frage gestellt werden.

Der so umrissene Handlungsrahmen macht deutlich, dass weder Selbstlosigkeit noch Untätigkeit der Deutschen geeignete Mittel zur Krisenbewältigung wären. Vielmehr würden dadurch die Bemühungen zur Stabilisierung der Eurozone rasch an eine der beschriebenen Grenzen – Handlungsfreiheit der Empfängerländer, Wirksamkeit der Finanzhilfen oder Leistungsfähigkeit der Geberländer – gelangen. Die Wahrnehmung Deutschlands in der Öffentlichkeit drohte – je nach eigener oder fremder Perspektive – in die Nähe der Zerrbilder vom „Zahlmeister“ oder „Zuchtmeister“ zu geraten. Das eine wie das andere Extrem mahnen dazu, einen tragfähigen Ausgleich zwischen Solidarität und Eigenverantwortung zu finden, um die Unterstützung für die europäische Integration in den Bevölkerungen der Geber- wie der Empfängerländer nicht ernsthaft zu gefährden.

Zur europäischen Verantwortung Deutschlands gehört es daher, Solidarität mit den Partnerstaaten der Eurozone zu üben, ja durchaus im wohlverstandenen Eigeninteresse eine gewisse Großzügigkeit walten zu lassen. Das schließt befristete und strikt konditionierte Finanzhilfen als ultima ratio ein, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes zu wahren. Ebenso ist es eine Frage verantwortlicher Europapolitik, der Gewährung von Finanzhilfen Grenzen zu setzen, wenn vereinbarte Sanierungsziele nicht erreicht werden, damit nicht die Währungsunion als solche in ihrer Existenz gefährdet wird. Das beinhaltet die Option, einem überschuldeten Mitgliedstaat das Ausscheiden aus der Eurozone zu ermöglichen, wenn er auf absehbare Zeit innerhalb der Eurozone den Marktkräften nicht

<sup>11</sup> Vgl. Guyton, Patrick: Große Erwartungen an Deutschland, in: Der Tagesspiegel, 4.2.2012, S. 4.

<sup>12</sup> Ausführlich dazu Silberhorn, Thomas: Die Eurozone zwischen Solidarität und Eigenverantwortung – von der Währungsunion zur Fiskalunion?, S. 8 ff., [www.thomas-silberhorn.de/fileadmin/pdf/publikationen/111119.pdf](http://www.thomas-silberhorn.de/fileadmin/pdf/publikationen/111119.pdf), Stand: 10.6.2012.

standhalten und seine Wettbewerbsfähigkeit nicht wiedergewinnen kann.

Eine Lösung der Staatsschuldenkrise, die allen wohl und niemand weh tut, kann es nicht geben. Die Bundesregierung muss sich daher nicht an eigenen Beliebtheitswerten im In- oder Ausland orientieren, sondern am Erfolg gemeinschaftlichen Handelns. Sie muss dazu nicht explizit eine Führungsrolle beanspruchen, zumal Entscheidungen nicht solitär getroffen werden, sondern gemeinschaftlich innerhalb der EU und damit nicht ohne Deutschland. Eines allerdings gilt es deutlich zu machen: So wie es im deutschen Interesse liegt, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu erhalten, muss es im gemeinschaftlichen Interesse der Europäischen Union liegen, die Bonität Deutschlands nicht aufs Spiel zu setzen. Der deutsche Beitrag zur Krisenbewältigung wird deshalb eine Gratwanderung zwischen Großzügigkeit und Grenzziehung bleiben.

## 2.2 Mehr Europa?

Neben der kurzfristigen Liquiditätssicherung hoch verschuldeter Staaten erfordert die Bewältigung der Krise in der Eurozone eine mittel- und langfristige Strategie, um die Funktionsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion herzustellen. Man brauche „mehr Europa“, lautet die nahezu unisono erhobene Forderung hierzu.<sup>13</sup> Mit einer stärkeren Integration in der Haushalts- und Finanzpolitik sowie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik soll danach die Währungsunion zu einer Fiskalunion und einer Politischen Union weiterentwickelt werden.

Dieses Konzept entspricht einer in Jahrzehnten gefestigten Übung, im Wege der Vertiefung der europäischen Integration zugleich die wirtschaftliche und politische Gestaltungsmacht Deutschlands europäisch einzuhegen. So verstanden die Bundesregierungen von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl die deutsche Einheit und die europäische Einigung als „zwei Seiten derselben Medaille“. <sup>14</sup> In dieser Tradition lag der Einführung des Euros nicht zuletzt die Zielsetzung zu Grunde, auf „mehr Deutschland“ nach der Wiedervereinigung mit „mehr Europa“ zu antworten.

Heute ist zu konstatieren, dass das mit der Wirtschafts- und Währungsunion verfolgte Ziel, einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen,<sup>15</sup> nicht erreicht wurde. Vielmehr legten gestiegene Staatsschulden und Leistungsbilanzdefizite sowie die daraus folgende Einbuße an Kreditwürdigkeit in eini-

<sup>13</sup> Vgl. Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Treffen mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 4.2.2012 in Berlin, [www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/06/2012-06-04-merkel-barroso.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/06/2012-06-04-merkel-barroso.html), Stand: 10.6.2012.

<sup>14</sup> Vgl. Kohl, Helmut: Dankesrede anlässlich der Verleihung des Coudenhove-Kalergi-Preises am 29.4.1991 in Bonn, <http://helmut-kohl.kas.de/index.php?msg=1389>, Stand: 10.6.2012.

<sup>15</sup> Vgl. Art. 2 EGV in der Fassung des Vertrags über die Europäische Union, ABl. EG Nr. C 224, 31.8.1992, S. 8.

gen Euro-Mitgliedstaaten die divergierende wirtschaftliche Entwicklung im gemeinsamen Währungsgebiet offen. Ferner ist festzuhalten, dass die vertraglichen Sicherungen der Geldwertstabilität – der Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und das Verbot der Schuldenübernahme – sukzessive gelockert wurden. Die Konzeption, die zu Tage getretenen Funktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion durch „mehr Europa“ beheben zu wollen, wirft daher Fragen nach der vertraglichen und praktischen Realisierbarkeit einer Fiskalunion und Politischen Union auf.

Aktuellen Überlegungen zufolge liefe die Schaffung einer Fiskalunion auf eine Vergemeinschaftung der Haftung für Staatsschulden hinaus.<sup>16</sup> Im Gegenzug würde eine zentrale Steuerung der Haushaltspolitik – und beizeiten wohl auch der Finanzpolitik – etabliert. Die Euro-Mitgliedstaaten müssten dazu in demokratisch hinreichend legitimierender Form<sup>17</sup> substantielle Teile ihrer Budget- und Steuerhoheit an die Europäische Union konzedieren. Dies ginge über den Fiskalvertrag weit hinaus, der den Mitgliedstaaten selbst im Rahmen der wenigen Vorgaben für mehr Haushaltsdisziplin zahlreiche Ermessensspielräume belässt und dem Europäischen Gerichtshof eine nur eingeschränkte Prüfungskompetenz einräumt.<sup>18</sup> Angesichts des heftigen Ringens um diese noch vergleichsweise bescheidene Beschränkung nationaler Fiskalkompetenzen sind Zweifel an der Durchsetzbarkeit und Funktionsfähigkeit einer Fiskalunion angebracht.

Die Ergänzung einer Fiskalunion um eine Politische Union würde darüber hinaus auf eine weitgehende Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzielen. Damit stünde die Europäische Union nicht nur vor der Herausforderung, unterschiedlich gewachsene Strukturen in den nationalen Wirtschafts- und Sozialsystemen zu harmonisieren. Vor allem erforderte eine Politische Union die Beachtung demokratischer Essentialia wie eine repräsentative Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und ein Initiativrecht seiner Mitglieder. Sie dürfte sich also nicht allein in der Übertragung weiterer Kompetenzen auf die Europäische Union erschöpfen, sondern müsste auch die demokratische Legitimation auf EU-Ebene adäquat verbessern.<sup>19</sup>

Die Realisierbarkeit einer Fiskalunion und einer Politischen Union unter den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets stoßen insoweit an Gren-

<sup>16</sup> Vgl. „EU plant eine echte Fiskalunion“, in: Spiegel online, 9.6.2012, [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/spiegel-eu-plan-fuer-eine-echte-fiskalunion-a-837949.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/spiegel-eu-plan-fuer-eine-echte-fiskalunion-a-837949.html), Stand: 10.6.2012.

<sup>17</sup> Zur Übertragung des Budgetrechts des Deutschen Bundestages auf die Europäische Union vgl. BVerfGE 123, S. 267, 361.

<sup>18</sup> Vgl. Art. 3 Abs. 1 Buchst. b, Art. 8 Abs. 1 Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, [http://european-council.europa.eu/media/639244/04\\_-\\_tscg.de.12.pdf](http://european-council.europa.eu/media/639244/04_-_tscg.de.12.pdf), Stand: 10.6.2012. Kritisch dazu auch Deutsche Bundesbank, Karsten Wendorff: Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags am 7.5.2012, S. 2 f., [www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a08/anhoerun/gen/Fiskalpakt\\_und\\_ESM/Stellungnahmen/Karsten\\_Wendorff.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a08/anhoerun/gen/Fiskalpakt_und_ESM/Stellungnahmen/Karsten_Wendorff.pdf), Stand: 10.6.2012.

<sup>19</sup> Näher dazu BVerfGE 123, S. 267, 364, 380.

zen, als die Wirksamkeit zentraler Steuerung und die politische Akzeptanz des damit einhergehenden Souveränitätsverzichts fraglich erscheinen. In jedem Fall würde eine solche Vertiefung der europäischen Integration ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten forcieren und damit zugleich eine Desintegration zwischen den Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Eurozone bewirken. Zudem wären Differenzen zwischen den wettbewerbsfähigen und nicht wettbewerbsfähigen Mitgliedstaaten der Eurozone zu erwarten, zumal fortbestehende Divergenzen in den Wirtschaftsleistungen durch dauerhafte Transferzahlungen ausgeglichen werden müssten.

Das Konzept eines „Mehr Europa“ ist damit nicht mehr geeignet, Ungleichgewichte auszugleichen<sup>20</sup> oder ein Gegengewicht zu „mehr Deutschland“ zu schaffen. Die weitere Vertiefung der europäischen Integration könnte eher vorhandene Ungleichgewichte verstärken oder neue Besorgnis vor deutscher Dominanz begründen. Daher bleibt es notwendig, eine Balance zwischen der Wahrnehmung gemeinsamer europäischer Aufgaben einerseits und der Bewahrung nationaler und regionaler Handlungsspielräume andererseits zu finden. Demgegenüber erscheint die Forderung nach „mehr Europa“ in ihrer Eindimensionalität als konzeptionell unzureichend. Stattdessen soll hier ein dreidimensionaler Ansatz skizziert werden, der neben einer kurzfristig wirksamen Stabilisierung der Eurozone die mittel- und langfristige Fortentwicklung der Europäischen Union nach außen wie im Inneren umfasst.

Zunächst besteht die drängendste Aufgabe für die Europäische Union darin, die Stabilität der Eurozone zu sichern, nachdem das Ziel der Rettungsbemühungen für den Euro, die Märkte zu beruhigen, bislang nicht erreicht worden ist. Dabei gilt es einerseits, solidarisch zu helfen, um Zeit für die Beseitigung der Ursachen der Schuldenkrise zu gewinnen. Andererseits aber muss die Gewährung von Finanzhilfen so begrenzt werden, dass die Bonität der Rettungsschirme bzw. der Geberländer und damit die Existenz der Währungsordnung insgesamt nicht gefährdet werden. Aus diesem Grund ist es erforderlich, ein Verfahren über die Suspendierung der Mitgliedschaft in der Eurozone zu etablieren und so überschuldeten Staaten, die ihre Kreditwürdigkeit innerhalb der Eurozone auf absehbare Zeit nicht wiedererlangen können, einen gangbaren Weg zur Abwertung außerhalb der Eurozone zu eröffnen. Die Währungsunion wird also kleiner werden müssen, um stabiler werden zu können.

In einem zweiten Schritt muss die Europäische Union ihre Kräfte bündeln, um ihr demographisch wie wirtschaftlich schwindendes Gewicht in der Welt angemessen zur Geltung bringen zu können. Anstatt neuerliche Selbstbeschäftigung mit internen institutionellen Reformen zu betreiben, sollte die EU die zahlreichen ihr zugewiesenen Aufgaben besser ausfüllen. Dies beinhaltet nicht nur, in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Dazu gehört auch, den Ordnungs-

<sup>20</sup> So bereits Stürmer, Michael: Die deutsche Frage bleibt, in: Die Welt, 18.5.2001, S. 8.

rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken und durch eine engere Zusammenarbeit in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik eine gemeinsame Stabilitätskultur zu entwickeln. Erweiterte Aufsichts- und Eingriffsrechte der EU können dabei zwar hilfreich sein, um die vertraglich vereinbarte Haushaltsdisziplin durchzusetzen. Sie können aber nicht die Korrektive risikoadäquater Zinsen und eigener Haftung für eingegangene Verbindlichkeiten ersetzen und dürfen daher nicht mit ökonomischen Fehlanreizen wie einer Vergemeinschaftung von Schulden verknüpft werden.

Zum Dritten sollte die EU ihre internen Politiken auf das Wesentliche konzentrieren. Unverkennbar hat ein kontinuierlicher Prozess ausdrücklicher Kompetenzübertragungen und impliziter Kompetenzerweiterungen zu einer zunehmenden Zentralisierung geführt und das Subsidiaritätsprinzip als Schranke der Kompetenzausübung bisweilen in sein Gegenteil verkehrt.<sup>21</sup> Indessen wurden die selbst gesetzten Ziele der EU für Wachstum und Beschäftigung weit verfehlt.<sup>22</sup> Die EU-Mitgliedstaaten dürfen deshalb nicht durch eine zu hohe Regulungsdichte in ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschwächt werden. Stattdessen sollte durch eine Stärkung des Binnenmarktes neue wirtschaftliche Dynamik entfacht werden. Dabei würde eine gezielte Rückverlagerung von Kompetenzen dazu beitragen, die Aufgaben zwischen der EU einerseits und den Mitgliedstaaten und Regionen andererseits ausgewogen zu verteilen.

Damit die Stabilisierung des Euro-Währungsgebiets und die Fortentwicklung der Europäischen Union gelingen, muss dieser europäische Staatenverbund handlungsfähig in der Krise, stark nach außen und schlank im Innern werden. Zu diesem Zweck bleibt es nützlich, wenn Deutschland seine Beziehungen zu den kleineren Mitgliedstaaten ebenso pflegt wie die Vernetzung mit den großen Partnerstaaten Frankreich oder Polen, aber auch Italien, die ihrerseits integrierende Wirkung für Dritte entfalten können. Darin liegt der geographisch wie ökonomisch bedingte, aber spezifisch politische Gestaltungsspielraum deutscher Europapolitik.

### 3. Internationale Herausforderungen

#### 3.1 Weltordnung im Wandel

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts endete auch die historisch begründete militärische Abstinenz Deutschlands. Während des Kalten Krieges hatte sich die Bundeswehr lediglich an humanitären Hilfsaktionen

<sup>21</sup> Näher hierzu Silberhorn, Thomas: Das Subsidiaritätsprinzip in der EU und die Rolle der nationalen Parlamente, in: Grundsatz der Subsidiarität in der Rechtstheorie und Praxis, hrsg. von Jiří Georgiev, Prag 2007, S. 118 f.

<sup>22</sup> Zur Lissabon-Strategie vgl. Europäischer Rat (Lissabon) vom 23./24.3.2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Ziff. I 5, [www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm), Stand: 10.6.2012.



beteiligt. Nun sah sich das wiedervereinigte Deutschland mit Erwartungen konfrontiert, im Rahmen der NATO und der Vereinten Nationen einen solidarischen Beitrag zur internationalen Friedenserhaltung und Friedenssicherung zu leisten. Heute zählt es zu den sicherheitspolitischen Zielen Deutschlands, internationale Verantwortung wahrzunehmen, was insbesondere die Beteiligung an internationaler Konfliktverhütung und Krisenbewältigung umfasst.<sup>23</sup> Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr sollen künftig 10.000 statt bisher 7.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze zur Verfügung stehen, obwohl der Streitkräfteumfang auf 185.000 Soldatinnen und Soldaten – und damit auf die Hälfte der bei der Wiedervereinigung vereinbarten Personalstärke<sup>24</sup> – reduziert wird.<sup>25</sup>

In den Auslandseinsätzen der Bundeswehr kommt der grundlegende Wandel der weltweiten Sicherheitslage zum Ausdruck. Neuartigen Risiken und Bedrohungen wie dem internationalen Terrorismus oder dem Zerfall von Staaten soll dort begegnet werden, wo sie entstehen. So stellt Deutschland in Afghanistan und im Kosovo eines der größten Truppenkontingente und nimmt dort Führungsfunktionen wahr. Die Entsendung der Bundeswehr muss dabei den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands entsprechen.<sup>26</sup> Dazu gehören etwa auch der freie Welthandel und der freie Zugang zu Seewegen, weshalb sich Deutschland an der EU-Mission zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika beteiligt.

Im Umfeld einer sich verdichtenden internationalen Verflechtung kann Deutschland seine sicherheitspolitischen Aufgaben im Regelfall nur im Zusammenwirken mit Partnern bewältigen. Teil deutscher Sicherheitsverantwortung ist es dabei, stets im Rahmen und nach den Regeln des Völkerrechts und der Vereinten Nationen sowie grundsätzlich in Kooperation mit EU oder NATO tätig zu werden. Um die Handlungsfähigkeit dieser Systeme kollektiver Sicherheit zu gewährleisten, müssen auch Führungsaufgaben in geteilter Verantwortung wahrgenommen werden. Jedoch wird sich Deutschland aufgrund begrenzter Ressourcen und je nach Interessenlage nur selektiv an Auslandseinsätzen beteiligen können. Gleichwohl erfordern Verlässlichkeit und Solidarität unter Partnern, dass Deutschland ungeachtet einer eigenen Einsatzbeteiligung eine Mandatierung von EU

---

<sup>23</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 18.5.2011, S. 4 f., 11, [www.nato.diplo.de/contentblob/3149360/Daten/1316709/VM\\_deMaiziere\\_180511\\_DLD.pdf](http://www.nato.diplo.de/contentblob/3149360/Daten/1316709/VM_deMaiziere_180511_DLD.pdf), Stand: 10.6.2012.

<sup>24</sup> Vgl. Vertrag vom 12.9.1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, Art. 3 Abs. 2, BGBl. II 1990, S. 1318, 1322.

<sup>25</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, 27.5.2011, S. 2, [www.nato.diplo.de/contentblob/3151176/Daten/1320160/VM\\_deMaiziere\\_180511\\_eck\\_DLD.pdf](http://www.nato.diplo.de/contentblob/3151176/Daten/1320160/VM_deMaiziere_180511_eck_DLD.pdf), Stand: 10.6.2012.

<sup>26</sup> Vgl. Silberhorn, Thomas: Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr, Beschluss der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 10.1.2007, S. 2, [www.thomas-silberhorn.de/fileadmin/pdf/positionspapiere/070201\\_Auslandseinsaetze\\_Bundeswehr.pdf](http://www.thomas-silberhorn.de/fileadmin/pdf/positionspapiere/070201_Auslandseinsaetze_Bundeswehr.pdf), Stand: 10.6.2012.

oder NATO durch die Vereinten Nationen mitträgt<sup>27</sup> und seine Präsenz in integrierten Kommandostrukturen aufrechterhält.

Für die Sicherheit in Europa und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft tragen vorrangig die Europäer selbst Verantwortung. Ihre gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen sind insoweit unmittelbar berührt. Zahlreiche europäische Staaten beteiligen sich deshalb an den EU- oder NATO-geführten Missionen auf dem Balkan, im Nahen Osten oder auf dem afrikanischen Nachbarkontinent. Sowohl die Europäische Union als auch die nordatlantische Allianz verfügen mithin über geeignete Instrumente für ein gemeinsames europäisches Vorgehen. Die Europäer werden dabei die Bereitschaft aufbringen müssen, ihre regionale Verantwortung gegebenenfalls auch ohne die USA wahrzunehmen. Hierzu müssen sie in der Lage sein, ausreichende zivile und militärische Fähigkeiten zuverlässig vorzuhalten.<sup>28</sup>

Um eine eigenständige sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit zu erreichen, müssen die Europäer ihre jeweiligen nationalen Fähigkeiten stärker bündeln oder in wechselseitiger Aufgaben- und Rollenteilung nutzen. Es erfordert eine engere Kooperation der europäischen NATO- und der EU-Mitgliedstaaten, um die Aufgaben, die künftig gemeinsam oder arbeitsteilig wahrgenommen werden sollen, zu identifizieren und so zu priorisieren, dass entsprechende Fähigkeiten geschaffen und genutzt werden können. Innerhalb der EU hat Deutschland zusammen mit Schweden eine Initiative dazu ergriffen.<sup>29</sup> Doch der Spielraum, Fähigkeitslücken zu schließen, erscheint angesichts knapper Verteidigungsbudgets als gering. Darüber hinaus setzt ein Verzicht auf eigene Teilfähigkeiten voraus, dass die Abhängigkeit von Partnern akzeptiert bzw. deren Bereitschaft zum Einsatz gewährleistet werden kann.

Die NATO bleibt unterdessen für die Sicherheit Europas unverzichtbar. Zwar reduzieren die USA ihre Truppenpräsenz in Europa und wenden sich stärker dem asiatisch-pazifischen Raum zu.<sup>30</sup> Dies ist aber zunächst eine nachvollziehbare Reaktion auf den Wandel der weltpolitischen Lage. Während Europa die längste Friedensperiode in der Geschichte des Kontinents erlebt, stellt der Aufstieg Chinas eine Herausforderung für den weltweiten Führungsanspruch der USA dar. Konfliktpotenziale in den zwischenstaatlichen Beziehungen und institutionell weniger gefestigte Strukturen der

<sup>27</sup> Anders die Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung über die Resolution 1973 (2011) zu Libyen am 17.3.2011.

<sup>28</sup> Zu Fähigkeitslücken in Europa vgl. Mölling, Christian: Europa ohne Verteidigung, in: SWP-Aktuell 56/2011, S. 1-4.

<sup>29</sup> So genannte „Gent-Initiative“: Pooling and Sharing, German-Swedish Initiative, November 2010, [www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/sede/dv/sede260511deseinitiative\\_ve/\\_sede260511deseinitiative\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/sede/dv/sede260511deseinitiative_ve/_sede260511deseinitiative_en.pdf), Stand: 10.6.2012.

<sup>30</sup> Für US-Präsident Barack Obama hat die Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum höchste Priorität für die USA als „pazifischer Macht“; vgl. Remarks by President Obama to the Australian Parliament, Canberra, 17.11.2011, [www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament](http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament), Stand: 10.6.2012.

multilateralen Zusammenarbeit in Asien legen ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit nahe. Demgegenüber ist Europa ein verlässlicher Partner auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen, der auch für die USA von strategischer Bedeutung bleibt.<sup>31</sup>

Im Übrigen bestimmen die Europäer selbst mit, welche Bedeutung ihnen im transatlantischen Verhältnis zukommt. Es liegt an Europa, seine Handlungsfähigkeit mit zivilen wie militärischen Mitteln sicherzustellen und glaubwürdige Beiträge zur internationalen Konfliktprävention und Krisenreaktion zu leisten. Dazu gehören neben militärischem Eingreifen auch die Aufrechterhaltung der Ordnung unter ziviler Führung sowie der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau in einer Konfliktregion. Dies erfordert ein Zusammenwirken von Militär, Polizei, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit nach dem Konzept der Vernetzten Sicherheit.<sup>32</sup> Gerade dieser ganzheitliche Ansatz, der maßgeblich in Deutschland entwickelt wurde, ermöglicht ein effektives und nachhaltiges Handeln von der Konfliktverhütung über das Krisenmanagement bis zur Konfliktnachsorge.

### 3.2 Werte und Wachstum

Während die westlichen Industriestaaten mit steigender Staatsverschuldung und rezessiven Entwicklungen zu kämpfen haben, wird das Wachstum der Bevölkerungen und Volkswirtschaften insbesondere in Asien, aber auch in Lateinamerika und Afrika, die Gewichte in der Weltwirtschaft spürbar verschieben. In absehbarer Zeit wird mit China erstmals seit 200 Jahren ein nichtdemokratisches Land und erstmals seit 500 Jahren ein nichtwestliches Land die größte Volkswirtschaft der Welt werden. Vermehrte Investitionen und Innovationen werden die Wirtschaftsräume außerhalb Nordamerikas und Europas zunehmend in die Lage versetzen, Normen und Standards zu prägen. Ihr wachsender Einfluss droht die „westlichen“ Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu relativieren.

Der Aufstieg neuer Gestaltungsmächte erfordert ihre stärkere Einbeziehung in die Strukturen der Weltwirtschaft, wozu der G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 einen neuen Dialog mit wichtigen Schwellenländern installierte.<sup>33</sup> Über den multilateralen Rahmen der Welthandelsorganisation hinaus müssen die Möglichkeiten biregionaler und bilateraler Kooperation stärker genutzt werden, um die Öffnung der Märkte zu erleichtern. Dies gilt namentlich für die Verhandlungen der Europäischen Union über Frei-

<sup>31</sup> Laut US-Außenministerin Hillary Clinton bleibt Europa Amerikas „partner of first resort“; vgl. Marschall, Christoph von: Fear not, Europe!, in: The German Times 1/2012, S. 1.

<sup>32</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 25 f.

<sup>33</sup> Zum „Heiligendamm-Prozess“ vgl. die Gipfelerklärung „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ der Staats- und Regierungschefs der G-8-Staaten am 7.6.2007 in Heiligendamm, S. 46 f., [www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/gipfeldokument-wirtschaft-de,templateId=raw.property=publicationFile.pdf/gipfeldokument-wirtschaft-de.pdf](http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/gipfeldokument-wirtschaft-de,templateId=raw.property=publicationFile.pdf/gipfeldokument-wirtschaft-de.pdf), Stand: 10.6.2012.

handelsabkommen mit asiatischen Partnern. Zudem bietet der europäische Binnenmarkt ein Vorbild für regionale Integration, das von Asien über Afrika bis Lateinamerika weltweit Nachahmung findet.

Eine intensivere Zusammenarbeit mit aufstrebenden Staaten muss schließlich darauf abzielen, im Interesse einer stabilen Weltordnung gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen zu finden. Dazu zählt die Verantwortung für territoriale Sicherheit etwa in Zentralasien oder Nordafrika ebenso wie die Sicherung der Energieversorgung einschließlich des Zugangs zu Rohstoffen. In dieser Hinsicht eröffnet z.B. die während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 beschlossene Zentralasien-Strategie der EU vielfältige Perspektiven der Partnerschaft.<sup>34</sup> Gerade Deutschland kann neuen Kooperationspartnern einen umfassenden Dialog anbieten, der auf dem Respekt vor den Werten und Normen des Völkerrechts basiert und die universelle Geltung der Menschenrechte sowie die Grundlagen einer rechtsstaatlichen Ordnung umfasst.

Damit freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Werte auch künftig über die westlichen Industriestaaten hinaus Anziehungskraft entfalten, muss die transatlantische Welt den Wettbewerb mit den neuen Machtzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas aufnehmen und ihre eigene Zusammenarbeit vertiefen. Zu diesem Zweck ist der bislang sicherheitspolitisch dominierte Dialog zwischen Nordamerika und Europa um eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung zu erweitern. Nachdem die USA und die EU die weltweit produktivsten und am engsten miteinander verbundenen Wirtschaftsregionen sind, wird der transatlantische Handel bis auf Weiteres von herausragender Bedeutung für die Weltwirtschaft bleiben.<sup>35</sup> Dies gilt es zu nutzen, um bisher brach liegende Potenziale der Zusammenarbeit freizusetzen.

Einen neuen Impuls dazu setzte die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft, die auf Initiative Deutschlands beim EU-USA-Gipfel 2007 ins Leben gerufen wurde.<sup>36</sup> Der damit errichtete Transatlantische Wirtschaftsrat soll Vorgaben für den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen formulieren. Sichtbare Ergebnisse können insbesondere bei der Vereinheitlichung von Normen und technischen Standards erzielt werden. Für eine substantielle Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Integration müssten jedoch Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen

---

<sup>34</sup> Rat der Europäischen Union: Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft, Ratsdok. 10113/07 vom 31.5.2007, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10113.de07.pdf>, Stand: 10.6.2012.

<sup>35</sup> USA und EU erwirtschaften mit gut 10 % der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts und wickeln nahezu ein Drittel des Welthandels ab, vgl. [http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/united-states/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/united-states/index_en.htm), Stand: 10.6.2012.

<sup>36</sup> Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union, 30.4.2007, [http://www.bdi.eu/images\\_content/GlobalisierungMaerkteUndHandel/2007-04-30-wirtschaftsintegration.pdf](http://www.bdi.eu/images_content/GlobalisierungMaerkteUndHandel/2007-04-30-wirtschaftsintegration.pdf), Stand: 10.6.2012.

den USA und der EU aufgenommen werden.<sup>37</sup> Perspektivisch könnten eine Freihandelszone und ein gemeinsamer transatlantischer Markt entstehen. Welche Wachstumsdynamik dadurch erzeugt werden kann, hat der Erfolg des EU-Binnenmarkts erwiesen.

Im Wettbewerb von Werten und Wirtschaftssystemen bietet schließlich das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsrahmen, der sowohl den freien Wettbewerb gewährleistet als auch die Beachtung öffentlicher Belange unter sozialen, ökologischen und fiskalischen Aspekten sichert. Dieses Spannungsverhältnis verlangt in allen Industriestaaten und Schwellenländern nach einem tragfähigen Ausgleich. So wirft das weltweit zu beobachtende Auseinanderdriften von Arm und Reich die Frage nach der sozialen Sicherung breiter Bevölkerungskreise bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter auf. Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, bedarf es eines regulatorischen Rahmens zum Schutz des Klimas und zur Schonung bzw. effizienten Nutzung von Ressourcen. Schließlich hat die globale Finanzkrise verdeutlicht, dass zur Stabilisierung des Weltfinanzsystems eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte sowie eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unabdingbar sind.

Wie diese Beispiele zeigen, hängt die Stabilität einer Wirtschaftsordnung zusehends von der Gestaltung ihrer sozialen, ökologischen und fiskalischen Rahmenbedingungen ab. In Deutschland bewirken die sozialen Sicherungssysteme zusammen mit einer breit gefächerten mittelständischen Wirtschaft und einer funktionierenden Tarifpartnerschaft ein hohes Maß an sozialer Teilhabe und gesellschaftlicher Balance. Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Ausbau erneuerbarer Energien werden durch einen Mix an Regulierung und Förderung gesteuert, der den ökologischen Wandel mit Innovationen und wirtschaftlichem Wachstum verbindet. Die Einführung einer Schuldenbremse ins Grundgesetz erlaubt es nicht länger, Entscheidungen zu Lasten nachfolgender Generationen zu treffen, indem erst in der Zukunft zu erwirtschaftendes Wachstum bereits heute konsumiert wird. Im Ergebnis muss ein gerechter Ausgleich innerhalb einer Generation und vor allem zwischen den Generationen herbeigeführt werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist insoweit auf Nachhaltigkeit und langfristige Stabilität ausgerichtet.

#### 4. Ausblick

Als das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land in der Mitte Europas ist Deutschland auf tragfähige Partnerschaften angewiesen. Die Europäische Union und die transatlantische Allianz bilden dafür die wichtigsten Pfeiler. Die internationale Verantwortung Deutschlands besteht

---

<sup>37</sup> Hierzu De Gucht, Karel: Reshaping transatlantic relations, Rede am 30.5.2012 in Brüssel, [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/may/tradoc\\_149519.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/may/tradoc_149519.pdf), Stand: 10.6.2012.

deshalb zuerst darin, an der Gestaltung dieses doppelten Handlungsrahmens mitzuwirken. Dabei gilt es, die eigenen Interessen zu definieren und zugleich die Mitverantwortung für Partner und Bündnisse im Blick zu haben.

Bei der zur Zeit vordringlichen Aufgabe der EU, die Wirtschafts- und Währungsunion zu erhalten, besteht die spezifische Verantwortung Deutschlands darin, einerseits Solidarität mit den hoch verschuldeten Staaten zu üben, sie andererseits aber so zu begrenzen, dass die Eurozone als Ganzes nicht gefährdet wird. Letzteres setzt die eigene Bonität Deutschlands voraus. Die Krise wird deshalb nicht allein mit Geld, sondern nur mit politischer Konsequenz gelöst werden können, was eine Verkleinerung der Eurozone einschließt.

Bei der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Auftrag der Vereinten Nationen übernimmt Deutschland wachsende Verantwortung im Rahmen der EU und der NATO. Die Bereitschaft, eine eigenständige sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU herzustellen, ist dabei kein Widerspruch zu einer verlässlichen Partnerschaft im transatlantischen Verhältnis.

Als Exportnation lebt Deutschland von einer liberalen Welthandelsordnung. Daher wurden mannigfaltige Initiativen zur Einbindung der Schwellenländer und zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration ergriffen. Mit der Sozialen Marktwirtschaft verfügt Deutschland über ein Modell, im Interesse einer langfristig stabilen Wirtschaftsordnung den freien Wettbewerb mit einem gerechten Ausgleich mit sozialen, ökologischen und fiskalischen Belangen zu verbinden.